

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 31. März 1967

Nummer 13

Beschäftigung nimmt weiter ab

Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im 4. Quartal 1966

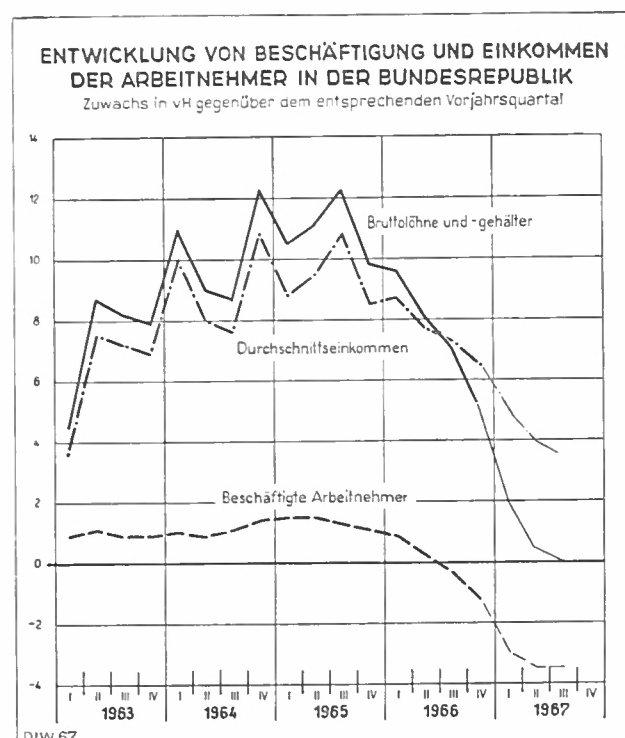
Wie schon in den vorangegangenen Jahresvierteln 1966 hat sich auch im vierten Quartal die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen weiter verlangsamt. Immer noch steigen allerdings die Löhne und Gehälter stärker als die Gewinne der Unternehmer. Bei dem verminderten Wachstum der Gesamtnachfrage hat damit der aus dem Lohnaufwand resultierende Kostendruck auf die gesamte Wirtschaft für die Dispositionen der Unternehmer steigendes Gewicht bekommen: Entlassungen werden häufiger vorgenommen, Kurzarbeit ist andererseits ein Ausweg, noch höhere Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Die Abschwächungstendenzen haben sich inzwischen so verstärkt, daß sich auch in der ersten Hälfte dieses Jahres bei anhaltendem Beschäftigungsrückgang das Wachstumstempo der Löhne und Gehälter erheblich reduzieren dürfte. Fast alle Indikatoren deuten darauf hin, daß die rückläufige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt keineswegs schon ihren Tiefpunkt erreicht hat. Das Dilemma der gegenwärtigen Situation zeichnet sich deutlich ab: Lohndruck und betriebswirtschaftliche Kostenrechnung zwingen die Unternehmer zu äußerster Zurückhaltung bei tarifpolitischen Vereinbarungen. Zwangsläufig resultiert daraus ein Nachfrageausfall, der die bereits unzureichende gesamtwirtschaftliche Expansion weiter eindämmt.

Die immer noch relativ günstige Zuwachsrate der Lohn- und Gehaltssumme im vierten Quartal 1966 von reichlich 5 vH täuscht über die tatsächlich schon erreichte Abschwächung hinweg. Sie läßt nicht erkennen, daß gesamtwirtschaftlich kein konjunktureller Lohnauftrieb mehr festzustellen ist. Sieht man einmal von der Sonderentwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst ab, so sind nahezu alle im Berichtsquartal noch festzustellenden Zuwachsraten auf frühere Lohnerhöhungen zurückzuführen. Die vorliegenden primär-statistischen Informationen bestätigen, daß die Einkommen zahlreicher Arbeitnehmer vom dritten zum vierten Quartal 1966 erstmals zurückgegangen sind. Dies trifft insbesondere für die Beschäftigten in der Industrie zu, da sich

hier die Anpassung der Löhne an die schrumpfende Nachfrage schneller zu vollziehen scheint.

Wie erwartet, ist im vierten Quartal der Abstand zwischen der tariflichen und der effektiven Verdienstexpansion ganz verschwunden. Bei den Arbeiterverdiensten hat sich sogar — vergleicht man das Ergebnis der Tarifstatistik für Oktober mit den im Berichtsquartal tatsächlich erzielten Einkommen — eine „negative Lohndrift“ bemerkbar gemacht (effektive Einkommenszunahme je beschäftigten Arbeiter im vierten Quartal: + 5,7 vH, je beschäftigten Angestellten + 6,7 vH; Tarifentwicklung der Wochenlöhne bzw. Monatsgehälter im Oktober



1966: Arbeiter + 6,2 vH, Angestellte + 6,3 vH). Der Abbau von Überstunden sowie die durch Kurzarbeit verursachten Einschränkungen haben im vierten Quartal 1966 und im Vorjahrsvergleich die durchschnittliche Arbeitszeit je beschäftigten Arbeiter in der Industrie (— 2,6 vH) erheblich reduziert.

Beschäftigung

Nach Schätzungen des DIW ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer schon im Berichtsquartal erheblich, nämlich um rund 260 000, unter das Niveau des vergleichbaren Vorjahrsstandes abgesunken. Inzwischen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt noch wesentlich verschlechtert. Entlassungen im größeren Umfang sind nicht nur in den besonders benachteiligten Bereichen, sondern im gesamten produzierenden Gewerbe anzutreffen; aber auch im Handel und im Dienstleistungsbereich werden keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr eingestellt.

Am Jahresende 1966 stieg die Arbeitslosigkeit erstmals erheblich über den Vorjahrsstand (um 194 000) an, nachdem zunächst die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur wenig zugenommen hatte. Allerdings hatte sich diese Entwicklung schon vorher durch den erheblichen Rückgang der Zahl der offenen Stellen angekündigt. Inzwischen ist bis Ende Februar — dem Saisontief — die Arbeitslosigkeit laufend gestiegen. Wenn die hier im Vorbericht befürchtete Arbeitslosenzahl auch nicht ganz erreicht wurde, so ist dies ausschließlich auf die für die Bauwirtschaft außerordentlich günstige Saison zurückzuführen. Die für Mitte März veröffentlichten Arbeitslosenzahlen sprechen eher dafür, daß — abgesehen von einem gewissen saisonalen Auftrieb — die rückläufigen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt noch wirksamer geworden sind. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist sogar noch geringfügig gestiegen. Vergleicht man die in den letzten Monaten festgestellten Arbeitslosenziffern mit denen des Vorjahres, so hat sich der Abstand Mitte März (mit rund 465 000) nochmals erhöht.

Ein ebenso alarmierendes Zeichen für die sinkende Nachfrage ist die Zunahme der Kurzarbeit (d. h. eine Einschränkung der betriebsüblichen Arbeitszeit um mindestens ein Sechstel), die nach der Währungsreform niemals einen solchen Umfang (Mitte Februar 344 000) erreicht hatte. Immerhin zeigt sich in dieser Entwicklung ein gewisser Optimismus der Unternehmer, der mit dazu beitragen könnte, die Durchführung der nachfragebelebenden Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen.

Nach den jüngsten — für Ende Januar 1967 vorliegenden — Ergebnissen über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter hat sich die Vermutung bestätigt, daß gerade diese Beschäftigtengruppe von der Abschwächung der Konjunktur in den letzten Monaten betroffen wurde. Hatte sich der Zugang an Gastarbeitern schon seit dem Herbst 1965 ständig

vermindert, so sind im Zeitabschnitt Juni bis September 1966 keine zusätzlichen Arbeiter aus dem Ausland mehr eingestellt worden. In den letzten Monaten (Oktober 1966 bis Januar 1967) ist nun die Zahl der Ausländer um eine Viertelmillion — fast ein Fünftel des Bestandes — zurückgegangen, so daß sich im Vorjahrsvergleich ein Rückgang um rund 60 000 ergeben hat.

Die Beschäftigungsentwicklung war zwar durch eine Abschwächung in allen Bereichen gekennzeichnet; von Bereich zu Bereich war der Verlauf jedoch noch differenzierter als zuvor. Selbst im Handel und dem ebenfalls positive Zuwachsraten aufweisenden Dienstleistungsbereich sind offensichtlich keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr eingestellt worden. So ist eher damit zu rechnen, daß auch hier, zumindest in einigen Zweigen, der Beschäftigungsstand abgebaut worden ist.

Obwohl der Beschäftigungsrückgang in der Industrie schon in den vergangenen Monaten überraschend hoch war, hat die Reduzierung der Beschäftigung hier (Ende Januar — 4,5 vH) nochmals an Intensität zugenommen. Die ungünstige Entwicklung beschränkt sich auch keineswegs auf die strukturell und konjunkturell besonders benachteiligten Bereiche. Einen außerordentlichen Umfang hat allerdings der Abbau des Beschäftigtenstandes im Bergbau (Ende Dezember — 10,7 vH) sowie in den Eisen- und Stahlgießereien (— 11,0 vH) erreicht. Industriezweige mit positiven Zuwachsraten sind nur noch selten anzutreffen. Am günstigsten war die Entwicklung noch in der chemischen Industrie (+ 1,1 vH), im Druckereigewerbe (+ 1,1 vH) und der kunststoffverarbeitenden Industrie (+ 0,9 vH). Selbst in diesen Zweigen ist die Beschäftigung in den letzten Monaten konjunkturell zurückgegangen.

Die Bauwirtschaft hat von den außerordentlich günstigen Witterungsbedingungen in den Wintermonaten ungemein profitiert: Die im Bauhauptgewerbe je Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden haben im vierten Quartal (+ 2,4 vH) zugenommen; in der gesamten Wintersaison wurden für die Schlechtwettergeldregelung nur halb soviel ausgefallene Tagewerke wie im Vorjahr beantragt. Dennoch hat sich die ungenügende Auftragslage stärker noch als bisher in einer rückläufigen Beschäftigungsentwicklung der Bauwirtschaft ausgeprägt: Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe hat zwar im Januar 1967 um fast ein Fünftel zugenommen, doch ist gleichzeitig der Beschäftigtenstand in ungewöhnlichem Ausmaß — nämlich um ein Zehntel — reduziert worden. Es ist anzunehmen, daß hier besonders viele Ausländer entlassen worden sind.

Ebenfalls hat sich die konjunkturelle Abschwächung im rückläufigen Beschäftigtenstand des produzierenden Handwerks (— 1,2 vH) und des Verkehrsgewerbes (— 1,3 vH) deutlich bemerkbar ge-

Zunahme von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1964	1965	1966	1964				1965				1966				1967	
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I ¹⁾	II ¹⁾
Beschäftigung	1,1	1,4	-0,1	1,0	0,9	1,1	1,4	1,5	1,5	1,3	1,1	0,9	0,3	-0,3	-1,2	-3	-3,5
Bruttolöhne u. -gehälter .	10,2	10,9	7,4	11,0	9,0	8,7	12,3	10,5	11,1	12,3	9,8	9,6	8,1	7,1	5,2	2	0,5
Durchschnittseinkommen .	9,1	9,4	7,5	10,0	8,0	7,6	10,8	8,8	9,5	10,8	8,5	8,7	7,7	7,3	6,5	5	4

¹⁾ Schätzung

macht. Im Handel und im Dienstleistungsbereich ist seit Herbst 1966 keine Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften mehr festzustellen. Auch hier sind jetzt häufiger Entlassungen anzutreffen.

Schon im Vorbericht war festzustellen, daß das Risiko der Entlassung fast ausschließlicher von den Lohnempfängern (und wohl mehr noch von den angelernten und Hilfsarbeitern als den Facharbeitern) getragen wird. Stieg erstmals zu Beginn des vergangenen Jahres die Zahl der männlichen Arbeiter nicht mehr über den vergleichbaren Vorjahrsstand an, so hat sich für diese Beschäftigtengruppe die Lage inzwischen rapide verschlechtert (2. Quartal: — 1,2 vH; 3. Quartal: — 2,1 vH; 4. Quartal: — 3,5 vH). Wenn auch die Nachfrage nach Angestellten in der gesamten Wirtschaft nicht mehr so rege wie noch vor einigen Monaten ist, so sind doch hier keine erheblichen Beschäftigungseinbußen zu verzeichnen; die Jahreszuwachsrate (4. Quartal + 1,5 vH) schrumpft nur allmählich.

Durchschnittliche Einkommen

Im Vergleich zum Vorquartal hat sich die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der effektiven Einkommen je Beschäftigten im Berichtsvierteljahr (+ 6,6 vH) wiederum nur wenig verlangsamt. Das durchschnittliche Gesamteinkommen ist allerdings von Bereichen mitbestimmt, in denen Sondereinflüsse zu beobachten sind. Dies trifft insbesondere für die erheblichen Tarifverbesserungen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu, ebenso für die Bauarbeiter, die im vierten Quartal durch die günstige Saison ihre Löhne überdurchschnittlich (+ 9,3 vH) zu erhöhen vermochten. Läßt man diese Bereiche außer acht, so sind in der übrigen Wirtschaft die Durchschnittseinkommen nur um 5,6 vH im Vorjahrsvergleich gestiegen. Hingewiesen sei ferner darauf, daß der Struktureffekt (Arbeiter mit geringen Einkommen sind relativ häufiger entlassen worden als Angestellte mit überdurchschnittlichen Einkommen) die gesamte Zuwachsrate noch „gestützt“ hat.

Die Lohn- und Gehaltssteigerungen waren im einzelnen sehr unterschiedlich. Gegenüber dem im Vorquartal erzielten Einkommen mußten überwiegend — insbesondere bei den Arbeitern — Einbußen hingenommen werden. Dies war wiederum in der Industrie ausgeprägter als in anderen Bereichen. Im Jahresvergleich sind hier die männlichen Arbeiter im Bergbau (+ 0,7 vH) am stärksten betroffen, aber auch die gleiche Beschäftigtengruppe in der Grundstoffindustrie vermochte ihre Löhne im Jahresvergleich nur noch um 3 vH zu erhöhen. Überhaupt war allgemein festzustellen (abgesehen von der Bauwirtschaft), daß männliche Arbeiter stärker als weibliche durch die verringerte Arbeitszeit Einkommensverluste hinnehmen mußten.

Stärker noch war das Gefälle der Wachstumsdifferenzierung zwischen Arbeitern und Angestellten ausgeprägt. Die Verdienstexpansion ist in den letzten Monaten zunehmend zuungunsten der Lohnempfänger verlaufen. Verantwortlich ist dafür einmal die Tendenz, daß zur Zeit das Wachstumstempo der Einkommen in den angestelltenintensiven Handels- und Dienstleistungsbereichen erheblich über das des produzierenden Bereichs hinausgeht. Hinzu kommt, daß die Angestelltenverdienste bisher kaum durch Arbeitszeitverkürzungen beeinträchtigt worden sind, die Arbeiter jedoch daraus erhebliche Einbußen erlitten haben.

Ausblick

Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse im neuen Jahr geben wenig Anlaß, die weitere Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen in der ersten Jahreshälfte günstiger einzuschätzen. Der konjunkturelle Abschwung tendiert deutlich dazu, die Lohnexpansion völlig zu bremsen. Alle bisher schon zu beobachtenden Abschwächungsindikatoren haben an Bedeutung gewonnen, so daß die Zuwachsrate der Löhne und Gehälter stärker noch als in den vergangenen Quartalen zurückgehen wird. Günstig ist lediglich die geringe Beeinträchtigung der Bautätigkeit im verflossenen Winter zu beurteilen. Allerdings hat dabei der ohnehin knappe Auftragsbestand der Bauwirtschaft um so schneller abgenommen.

In dem ersten Teil des Jahres 1967 wird die Beschäftigung erheblich geringer sein als im Vorjahr. Nachdem das saisonale Beschäftigungstief überwunden ist, kann nur mit einem recht zögernden weiteren Abbau der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit (rund 625 000) gerechnet werden. So würde es keineswegs überraschen, wenn die Arbeitslosenziffern in den nächsten Monaten bei rund einer halben Million verharren würden. Es ist daher anzunehmen, daß der Beschäftigtenrückgang sich auf rund 3 vH belaufen wird.

Die Zunahme der durchschnittlichen Einkommen je Beschäftigten wird — sowohl was die Veränderung der Arbeitszeit als auch die zu erwartende Tarifpolitik anbetrifft — immer mehr zurückgehen. Dies wird schon an den bisher abgeschlossenen oder sich ankündigenden Tarifverhandlungen deutlich; die vom Sachverständigenrat empfohlenen Lohnleitlinien werden nicht erreicht werden. Somit ist die für das gesamtwirtschaftliche Wachstum so notwendige Expansion der Brutto- und -gehaltssumme keineswegs gewährleistet. Es ist zumindest bis zur Mitte des Jahres mit einer Zuwachsrate der gesamten Lohn- und Gehaltssumme von nur 1 bis 2 vH zu rechnen.

Deutsche Entwicklungshilfe weit unter UNO-Empfehlung

Die Entwicklung der deutschen Hilfe 1966

Im vergangenen Jahr sind die deutschen Entwicklungshilfeleistungen (um etwa 10 vH) unter das Niveau von 1965 gesunken. Da das Volkseinkommen gleichzeitig gestiegen ist, ist auch der Anteil der Entwicklungshilfe am Volkseinkommen der Bundesrepublik — von 0,8 vH auf etwa 0,7 vH — zurückgegangen. Damit hat sich die Bundesrepublik noch weiter von der von der UNO empfohlenen

Norm entfernt, daß die Industrieländer 1 vH des Sozialprodukts für die Entwicklungshilfe verwenden sollen. Die Bundesrepublik liegt mit diesem Anteil weit unter dem der anderen großen Geberländer USA, England und Frankreich, die in den letzten Jahren die 1-vH-Grenze entweder immer überschritten oder — wie die USA — gerade erreicht haben.

In Deutschland sind im vergangenen Jahr — bei kaum veränderten öffentlichen Leistungen — die privaten Nettoleistungen hinter den Vorjahrsergeb-

Deutsche Entwicklungshilfe
in Mill. DM

	bis 1960	1961	1962	1963	1964	1965	1961—1965
Gesamtsumme der Nettoleistungen ¹⁾	14 646,8	3 328,7	2 594,3	2 398,3	2 760,5	2 821,6	13 903,4
Öffentliche Leistungen	7 079,9	2 472,6	1 865,4	1 739,3	1 688,8	1 884,1	9 650,2
Bilateral	4 518,6	1 329,6	1 456,2	1 638,1	1 653,0	1 728,7	7 805,6
1. Zuschüsse	2 334,8	442,5	503,3	608,1	621,1	703,4	2 878,4
Wiedergutmachungen	2 144,9	320,1	280,0	277,9	250,0	300,0	1 428,0
2. Verkäufe gegen Währung d. Empfängerlandes	—	16,8	—	—	—	—	16,8
3. Kredite, netto	2 183,8	870,3	952,9	1 030,0	1 031,9	1 025,3	4 910,4
Erhaltene Tilgungen	581,7	285,6	206,3	235,6	416,8	664,6	1 808,9
Multilateral	2 561,3	1 143,0	409,2	101,2	35,8	155,4	1 844,6
1. Zuschüsse und Zahlungen auf gezeichnetes Kapital	785,1	293,1	421,2	121,2	95,8	143,4	1 080,7
2. Kredite	1 776,2	849,9	— 12,0	— 20,0	— 60,0	6,0	763,9
Private Leistungen	7 566,9	856,1	728,9	659,0	1 071,7	937,5	4 253,2
Bilateral	7 290,5	868,9	730,6	613,6	843,0	635,8	3 689,9
1. Garantierte private Exportkredite	4 018,4	262,7	128,6	229,6	374,8	186,6	1 182,3
2. Sonstige neue Kredite und Investitionen ²⁾	3 272,1	604,2	602,0	384,0	468,2	449,2	2 507,6
Multilateral	276,4	— 10,8	— 1,7	45,4	228,7	301,7	563,3

¹⁾ Einschl. aller Kredite mit Laufzeiten zwischen 1 und 5 Jahren. — ²⁾ Einschl. reinvestierte Erträge und Selbstbehalt der garantierten Exportkredite.
Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

nissen zurückgeblieben. Der Rückgang der *privaten Leistungen* um vermutlich insgesamt etwa ein Drittel erklärt sich allein aus verringerten Zahlungen an Organisationen der multilateralen Hilfe: Diese Zahlungen schwanken in dem Rhythmus, in dem die Weltbank auf dem deutschen Kapitalmarkt Anleihen aufnimmt. Diese Anleihen treiben die multilateralen Leistungen in den betreffenden Jahren sprunghaft in die Höhe (so 1964, 1965), während in den anleihefreien Jahren (so 1961—1963, 1966) nur die kleinen Posten der jährlichen Bestandsänderungen früherer Anleihen zu verzeichnen sind. Demgegenüber werden sich die *bilateralen* privaten Kapitalströme (einschließlich der garantierten Exportkredite) kaum verändert haben.

Von den *öffentlichen Leistungen* haben sich umgekehrt nur die bilateralen Zahlungen verringert, und von diesen nur die nichtrückzahlbaren Zuschüsse (um etwa ein Drittel). Das resultiert aus dem Auslaufen der Wiedergutmachungszahlungen aus dem Israel-Abkommen¹⁾, in dessen Rahmen 1966 keine Zahlungen mehr zu leisten waren, nachdem 1965 noch 300 Mill. DM gezahlt wurden. Das waren 40 vH der gesamten Zuschüsse, deren Wegfall durch ein Ansteigen der restlichen Zuschüsse (der technischen Hilfe i. w. Sinne) um knapp 8 vH nicht kompensiert worden ist. Trotzdem kam es zu einem leichten Anstieg der öffentlichen Hilfe insgesamt gegenüber dem Vorjahr (um etwa 3 vH), da die bilateralen Kredite sich erheblich erhöht (um etwa ein Drittel) und die multilateralen Leistungen sich fast auf der Höhe des Vorjahrs bewegt haben dürften²⁾.

Zusammensetzung der Entwicklungshilfe

Mit dem Rückgang der Hilfe änderte sich die Zusammensetzung der Leistungen; so hat sich der Anteil der privaten Mittel an der Entwicklungshilfe weiter verringert. Diese Entwicklung wird nur unterbrochen, wenn die Weltbank Anleihen auf dem deutschen Kapitalmarkt aufnimmt und damit den Anteil der privaten Hilfe vergrößert. Bis 1960, d. h. also vor Anlaufen des eigentlichen Entwicklungshilfeprogramms der Bundesregierung, übertrafen die privaten Leistungen die öffentlichen, seitdem

bewegt sich ihr Anteil an der Gesamthilfe zwischen einem Viertel und einem Drittel³⁾.

Das Anfang der 60er Jahre beginnende größere Engagement der Bundesregierung in der Entwicklungshilfe brachte ferner eine Änderung der Zusammensetzung der öffentlichen Hilfe: Seit 1962 ist der Anteil der multilateralen Hilfe an der gesamten öffentlichen Hilfe beträchtlich zurückgegangen, von 36 vH vor 1960 auf 19 vH im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1965. Die Bundesregierung ist also in dieser Zeit der Aufnahme verstärkter bilateraler Beziehungen zu den Entwicklungsländern davon abgegangen, den multilateralen Stellen Kredite für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen⁴⁾, so daß seit 1962 bei den multilateralen Zahlungen — bis auf einen kleinen Rest — nur die Zuschüsse und Beiträge übrigblieben.

Bei den bilateralen öffentlichen Leistungen ist der Trend dementsprechend entgegengesetzt; hier hat sich seit 1961 der Anteil der Kredite sehr stark erhöht (von 48 vH vor 1960 auf 63 vH in dem Jahrfünft danach), und erst seit 1963 war wieder ein leichtes Vordringen der Zuschüsse zu verzeichnen, die bis 1960 vornehmlich aus Wiedergutmachungsleistungen bestanden, deren Anteil dann aber immer geringer wurde. Mit ihrem Fortfall im Jahre 1966

¹⁾ Im Gegensatz zu den individuellen Wiedergutmachungszahlungen an einzelne Personen rechnet die Wiedergutmachung an Entwicklungsländer nach dem OECD-Schema zur Entwicklungshilfe. Zu den Konsequenzen des Auslaufens der Israel-Zahlungen vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 21/1966.

²⁾ Die Bundesbank hat keine neuen Kredite an die Weltbank gegeben; der EWG-Entwicklungsfonds hat — wie schon in den Jahren zuvor — keine Zahlungen abgerufen; die Zahlungen an die International Development Agency waren mit knapp 97 Mill. DM ebenso hoch wie im Vorjahr und die Zuschüsse an die UN-Gremien höher als 1965, so daß einschließlich der Kapitalzeichnungen bei und Rückzahlungen von der Weltbank und der Zahlungen an andere multilaterale Institutionen etwa der Vorjahrsstand erreicht wurde.

³⁾ Gemeint sind jeweils die Nettoleistungen, d. h. die Bruttoauszahlungen abzüglich der Tilgungen. Betrachtet man die Bruttoleistungen, die 1965 gut 5,1 Mrd. DM betragen haben, so lag der Anteil der privaten Leistungen immer noch bei rund 50 vH. Die Rückflüsse der privaten Kredite waren beträchtlich höher als die der öffentlichen, da erstens ein Teil der öffentlichen Hilfe nicht rückzahlbar ist, zweitens die Rückzahlungszeit bei den privaten Mitteln viel kürzer ist und im Gegensatz zu den öffentlichen Krediten keine Freijahre einschließt und drittens die privaten Kredite schon früher in größerem Umfang einsetzten als die öffentlichen.

⁴⁾ 1961 bildet mit einem Kredit von 848 Mill. DM, den die Bundesbank der Weltbank einräumte, einen Höhe- und bisherigen Schlußpunkt.

Struktur der deutschen Entwicklungshilfe nach Leistungsformen
Anteile in vH

	bis 1960	1961	1962	1963	1964	1965	1961-1965	1966
Gesamtsumme der Nettoleistungen = 100								
Öffentliche Leistungen	48,3	74,3	71,9	72,5	61,2	66,8	69,4	76
Private Leistungen	51,7	25,7	28,1	27,5	38,8	33,2	30,6	24
Öffentliche Leistungen = 100								
Bilateral	63,8	53,8	78,1	94,2	97,9	91,8	80,9	92
Multilateral	36,2	46,2	21,9	5,8	2,1	8,2	19,1	8
Öffentlich bilateral = 100								
Zuschüsse u. Verkäufe gegen Währung d. Empfängerlandes .	51,7	34,5	34,6	37,1	37,6	40,7	37,1	24
Kredite, netto	48,3	65,5	65,4	62,9	62,4	59,3	62,9	76

sank der Anteil nichtrückzahlbarer bilateraler Leistungen auf weniger als ein Drittel der bilateralen Hilfe. Da die Zuschüsse im Rahmen der bilateralen technischen Hilfe sehr stark an personelle Voraussetzungen gebunden sind, ist das im Hinblick auf die Empfängerländer wünschenswerte Anwachsen dieses Anteils der öffentlichen Leistungen begrenzt.

Regionale Verteilung

Je nach betrachtetem Zeitraum und Art der Leistung lassen sich unterschiedliche Schwerpunkte der deutschen Entwicklungshilfe erkennen.

Die öffentliche Hilfe, die in den 50er Jahren vornehmlich in die europäischen Entwicklungsländer floß, hat sich seither in starkem Maße auf Asien konzentriert, aber auch der Anteil Afrikas ist größer geworden. Die Verteilung der Hilfe auf nicht-rückzahlbare Zuschüsse (ohne Wiedergutmachung) und Kredite deutet auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand hin. Der Anteil Europas (und vor 1960 auch der Anteil Lateinamerikas, das in diesem Zusammenhang eine Ausnahme bildet) an den Krediten war sehr viel größer als der Anteil dieser Regionen an den Zuschüssen; umgekehrt war es bei Afrika und Asien. Daneben ergab sich nach 1960 eine

Verschiebung in Richtung auf ein Anwachsen der Bedeutung von Zuschüssen an Afrika und besonders an Lateinamerika, wodurch der Anteil Asiens etwas zurückfiel.

Bei den öffentlichen Krediten trat die Konzentrierung auf bestimmte Länder in den jeweiligen Kontinenten — ausgenommen in Europa — stärker hervor als bei den Zuschüssen. Besonders deutlich war das in Asien, wo Indien bis 1960 fast der alleinige Empfänger von Krediten war und auch später über die Hälfte aller an asiatische Länder gewährten Kredite empfing, während sich sein Anteil bei den Zuschüssen um 20 vH bewegte. In Europa lagen die Schwerpunkte bei den Krediten bis 1960 bei Jugoslawien (mit einem Anteil an den gesamten an europäische Entwicklungsländer gezahlten Krediten von 45 vH), später bei der Türkei, die zwischen 1961 und 1965 etwa drei Viertel aller an europäische Länder gewährten Kredite erhielt. Bei den Zuschüssen übertraf Griechenland (mit einem Anteil um 50 vH) die anderen europäischen Länder stets bei weitem. In Afrika waren die Hauptempfänger von Krediten bis 1960 Ägypten (54 vH) und der Sudan (40 vH), seit 1961 Liberia mit über einem Drittel. Die Reihenfolge ist — wenn auch weniger ausgeprägt — bei den Zuschüssen ähnlich, nur daß hier nach 1960 Tansania

Bilaterale deutsche Nettoleistungen an Entwicklungsländer nach Kontinenten

	Öffentl. Leistungen			Private Leistungen	Öffentl. u. Private Leistungen gesamt	Öffentl.-Leistungen			Private Leistungen	Öffentl. u. Private Leistungen gesamt
	Zuschüsse	Kredite	Gesamt			Zuschüsse	Kredite	Gesamt		
in Mill. DM						Anteile in vH				
Europa										
1950 — 1960	15,5	929,0	944,5	1 834,1	2 778,6	19	45	44	25	30
1961 — 1965	98,4	589,6	688,0	628,4	1 316,4	8	12	11	17	13
Afrika										
1950 — 1960	20,0	56,5	76,5	745,4	821,9	24	3	4	10	9
1961 — 1965	35,2	929,7	1 279,9	1 169,9	2 449,8	29	18	21	32	25
Amerika										
1950 — 1960	3,7	337,5	341,2	2 810,9	3 152,1	4	16	16	39	33
1961 — 1965	273,5	495,0	768,5	1 699,2	2 467,7	23	10	12	46	25
Asien										
1950 — 1960	44,6	738,4	783,0	1 850,6	2 633,6	53	36	36	26	28
1961 — 1965	473,2	2 998,0	3 471,2	192,1	3 663,3	40	60	56	5	37
Summe d. aufteilb. Leistungen										
1950 — 1960	83,8	2 061,4	2 145,2	7 241,0	9 386,2	100	100	100	100	100
1961 — 1965	1 195,3	5 012,3	6 207,6	3 689,6	9 897,2	100	100	100	100	100
Nicht aufteilbare Leistungen										
1950 — 1960	106,1	122,5	228,6	49,5	278,1					
1961 — 1965	255,1	— 85,2	169,9	0,3	170,2					
Wiedergutmachungen										
1950 — 1960	2 144,9	—	2 144,9	—	2 144,9					
1961 — 1965	1 428,0	—	1 428,0	—	1 428,0					
Summe, insgesamt										
1950 — 1960	2 334,8	2 183,8	4 518,6	7 290,5	11 809,1					
1961 — 1965	2 878,4	4 927,2	7 805,6	3 689,9	11 495,5					

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und eigene Berechnungen.

(mit 16 vH) und der Kongo (Kinshasa) (mit 12 vH) an der Spitze lagen. In Lateinamerika wurden rund drei Viertel der Kredite vor 1960 an Argentinien und danach an Brasilien vergeben, die Zuschüsse flossen bis 1960 zu jeweils rund 20 vH Bolivien, Brasilien und Chile zu, danach übertraf Brasilien mit einem Anteil von fast einem Drittel die anderen Länder.

Die *privaten Leistungen*⁵⁾ konzentrierten sich im Unterschied zu den öffentlichen sehr viel stärker auf Lateinamerika, das nach 1960 noch deutlicher bevorzugt wurde als in den Jahren davor, während der Anteil Asiens zurückging. Auch bei den einzelnen Ländern gibt es zum Teil beachtliche Differenzen zwischen den öffentlichen und den privaten Mitteln sowohl in der Verteilung der Ströme als auch in ihrer zeitlichen Entwicklung. Nur in Asien und Afrika waren die Hauptempfänger privater Hilfe identisch mit den vorher genannten, d. h. an der Spitze standen auch hier Indien bzw. Ägypten. In Asien folgte dann jedoch der Iran, der bei der öffentlichen Hilfe kaum besonders hervortrat. In Europa übertraf nach wie vor mit weitem Abstand Spanien alle anderen Länder. In Lateinamerika wurden Brasilien und Argentinien nach 1960 von Peru überholt.

Schnellere Verwirklichung der Zusagen

Aufgrund der üblichen Vergabep Praxis der Entwicklungshilfe kommt es zu Verzögerungen einmal zwischen den Rahmensusagen der Regierung (general advance commitments) und den Kreditverträgen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (commitments); zum anderen hinken die Auszahlungen stets hinter den abgeschlossenen Kreditverträgen her.

Seit dem Anlaufen der Entwicklungshilfefinanzierung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat sich das Verhältnis von Kreditverträgen zu Rahmensusagen ständig gebessert, weil die Kreditanstalt in der Projektbearbeitung allmählich den Vorsprung der Regierungszusagen aufholen konnte und die Regierung sich in den letzten Jahren mit Erfolg bemühte, die Zusage von Rahmenverträgen davon abhängig zu machen, daß bereits konkrete Projekte vorgelegt wurden, so daß sich der Zeitraum von Regierungszusagen bis zum Auffinden und Prüfen geeigneter Projekte verkürzte. Es ist daher damit zu rechnen, daß der erreichte Anteil von 80 vH gehalten oder eher noch vergrößert wird. Der Anteil der Bruttoauszahlungen an den Kreditverträgen erreichte 1961 einen Höchststand, der darin begründet war, daß bei Beginn der verstärkten Hilfsmaßnahmen ein

Stand der Verträge und Auszahlungen¹⁾
Jahresende

	bis 1961	1962	1963	1964	1965	1966
Regierungszusagen (Mrd. DM)	5,3	6,7	7,4	8,4	9,2	10
Kreditverträge der KW (Mrd. DM)	1,5	2,7	4,7	5,8	7,0	8
Bruttoauszahlungen (Mrd. DM)	1,1	1,8	2,6	3,7	4,8	6
Kreditverträge in vH der Regierungszusagen	27	40	63	69	76	80
Auszahlungen in vH der Kreditverträge	77	66	55	64	69	75

¹⁾ Aufgegliedert ist hier nur der Teil der in Tabelle 1 ausgewiesenen öffentlichen Kredite, der zur eigentlichen bilateralen Kapitalhilfe einschl. Umschuldungskredite rechnet, d. h. die Exportfinanzierung der KW aus öffentlichen Mitteln ist hier nicht mitenthalten, damit der Zusammenhang zu den Regierungszusagen gewahrt bleibt.

Quellen: Tätigkeitsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. 12. 1965; 1966 Schätzung.

hoher Anteil nicht-projektgebundener Kredite gewährt wurde, der rasch zur Auszahlung gelangte. Der jetzt erreichte Anteil von 75 vH läßt sich mit dem normalen Abstand zwischen Vertragsabschluß und Zahlungen gemäß Projektfortschritt erklären.

Ausblick

Da die Weltbank 1967 vermutlich keine Anleihe auf dem deutschen Kapitalmarkt auflegen wird, werden die Bestandsänderungen auf dem Konto der multilateralen Hilfe durch die laufenden Rückzahlungen früherer Kredite wieder gering (und negativ) sein. Dagegen werden sich die öffentlichen Leistungen an multilaterale Stellen erhöhen, da — neben der Erhöhung der Finanzhilfe an Griechenland im Rahmen der EWG — eine neue Zahlung an den EWG-Fonds angesetzt ist, die im Haushaltsentwurf mit 105 Mill. DM angegeben wird. Insgesamt ist jedoch zu vermuten, daß sich die öffentlichen Leistungen gegenüber 1966 kaum verändern werden, da die ursprünglich im Etat angesetzten Barbeträge sowohl im Bundeshaushalt als auch bei den Ländern um etwa ein Fünftel gekürzt worden sind, so daß die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel (einschl. Mittel der Kreditanstalt und aus dem ERP-Sondervermögen) mit 2,1 Mrd. DM genau so hoch sind wie 1966. Bei gleichzeitig wachsendem Volkseinkommen würde — falls nicht die bilateralen privaten Entwicklungshilfeleistungen zunehmen — der Anteil der Entwicklungshilfe am Volkseinkommen unter 0,7 vH sinken.

⁵⁾ Private Kredite und Investitionen einschließlich öffentlich garantierter Exportkredite.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Tel. 76 10 33; — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—.

Sonderbeilage zum Wochenbericht Nr. 13 · 1967

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik²⁾ im 4. Quartal 1966

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	302	256	31	15	123	108	7	8	425	- 2,9	- 3,1	- 3,0
Bergbau	408	340	56	12	12	6	6	0	420	-10,1	.	- 9,9
Energiwirtschaft	181	116	59	6	22	6	16	0	203	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Grundstoff- und Produktions-güter-Industrie ³⁾	1 463	1 136	284	43	313	183	118	12	1 776	- 3,6	- 2,5	- 3,4
Investitionsgüter-Industrie	2 716	1 919	607	190	890	596	268	26	3 606	- 2,1	- 1,5	- 2,0
Verbrauchsgüter-Industrie	999	756	195	38	1 216	1 050	128	38	2 205	- 1,2	- 1,8	- 1,5
Nahrungs- und Genussmittel-Ind.	329	233	89	7	232	181	47	4	561	- 0,3	- 1,3	- 0,7
Industrie, gesamt	6 086	4 500	1 290	296	2 685	2 022	583	80	8 771	- 2,7	- 1,7	- 2,4
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	882	633	72	177	292	141	93	58	1 174	- 1,2	- 1,0	- 1,2
Baugewerbe	1 950	1 684	125	141	74	14	52	8	2 024	- 3,7	.	- 3,5
Produzierendes Gewerbe	8 918	6 817	1 487	614	3 051	2 177	728	146	11 969	- 2,3	- 1,6	- 2,5
Handel	1 161	444	572	145	1 447	251	919	277	2 608	0,7	0,9	0,8
Verkehr	1 216	600	562	54	1 199	64	180	5	1 415	- 1,6	.	- 1,3
Handel und Verkehr	2 377	1 044	1 134	199	1 646	315	1 049	282	4 023	- 0,5	0,9	0,1
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	2 001	337	1 617	47	674	130	523	21	2 675	1,6	1,7	1,6
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	260	11	219	30	223	16	185	22	483	1,2	1,4	1,3
Gaststättenwesen	113	70	33	10	281	210	61	10	394	0,9	0,4	0,5
Häusliche Dienste	1	—	1	—	375	276	88	11	376	.	- 2,1	- 2,1
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	79	58	14	7	291	219	27	45	370	1,3	0,7	0,8
Sonstige Dienstleistungen	380	74	289	17	545	97	424	24	925	1,1	1,1	1,1
Dienstleistungen, gesamt	2 834	550	2 173	111	2 389	948	1 308	133	5 223	1,5	0,6	1,1
Insgesamt	14 431	8 667	4 825	939	7 209	3 548	3 092	569	21 640	- 1,6	- 0,3	- 1,2
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft	661	536	116	9	182	161	16	5	843	2,8	1,7	2,6
Bergbau	1 279	992	280	7	29	13	16	0	1 308	- 8,8	.	- 8,7
Energiwirtschaft	604	363	237	4	59	13	46	0	663	7,7	7,3	7,6
Grundstoff- und Produktions-güter-Industrie ³⁾	4 772	3 300	1 445	27	703	346	350	7	5 475	0,4	3,1	0,8
Investitionsgüter-Industrie	8 119	5 331	2 689	99	1 817	1 062	742	13	9 936	3,8	5,6	4,1
Verbrauchsgüter-Industrie	2 714	1 866	826	22	2 081	1 717	345	19	4 795	4,4	3,5	4,0
Nahrungs- und Genussmittel-Ind.	1 071	660	407	4	438	302	134	2	1 509	7,0	6,3	6,8
Industrie, gesamt	18 559	12 512	5 884	163	5 127	3 453	1 633	41	23 686	2,3	4,4	2,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 961	1 631	237	93	409	232	149	28	2 370	4,8	5,1	4,8
Baugewerbe	5 483	4 791	608	84	169	31	134	4	5 652	5,0	8,3	5,1
Produzierendes Gewerbe	26 003	18 934	6 729	340	5 705	3 716	1 916	73	31 708	3,0	4,6	3,3
Handel	3 151	1 070	2 010	71	2 493	438	1 922	133	5 644	7,3	7,9	7,6
Verkehr	3 509	1 571	1 909	29	492	136	354	2	4 001	6,1	9,3	6,5
Handel und Verkehr	6 660	2 641	3 919	100	2 985	574	2 276	135	9 645	6,7	8,2	7,1
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	7 597	988	6 577	32	1 988	249	1 725	14	9 585	9,8	10,0	9,8
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	840	29	791	20	511	29	468	14	1 351	8,4	10,1	9,0
Gaststättenwesen	311	181	124	6	486	352	128	6	797	7,2	6,1	6,6
Häusliche Dienste	2	—	2	—	576	396	174	6	578	.	3,8	3,8
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	185	130	51	4	430	346	61	23	615	6,9	6,4	6,6
Sonstige Dienstleistungen	1 298	189	1 069	10	1 055	166	876	13	2 323	6,6	6,8	6,7
Dienstleistungen, gesamt	10 203	1 517	8 614	72	5 046	1 538	3 432	76	15 249	9,1	7,9	8,7
Insgesamt	43 527	23 628	19 378	521	13 918	5 989	7 640	289	57 445	5,0	6,5	5,3
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	730	698	1 247	200	493	497	762	208	661	5,9	5,0	5,7
Bergbau	1 045	973	1 667	194	806	722	889	.	1 038	1,5	.	1,3
Energiwirtschaft	1 112	1 043	1 339	222	894	722	958	.	1 089	7,7	7,3	7,6
Grundstoff- und Produktions-güter-Industrie ³⁾	1 087	968	1 696	209	749	630	989	194	1 028	4,2	5,7	4,3
Investitionsgüter-Industrie	996	926	1 477	174	681	594	923	167	918	6,0	7,2	6,2
Verbrauchsgüter-Industrie	915	823	1 412	193	570	545	898	167	725	5,7	5,4	5,6
Nahrungs- und Genussmittel-Ind.	1 085	944	1 524	190	629	556	950	167	897	7,3	7,7	7,6
Industrie, gesamt	1 016	927	1 520	184	636	569	934	171	900	5,2	6,2	5,3
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	741	859	1 097	175	467	548	534	161	673	6,1	6,2	6,1
Baugewerbe	937	948	1 621	199	761	738	859	167	931	9,0	6,9	8,8
Produzierendes Gewerbe	972	926	1 508	185	623	569	877	167	883	6,0	6,3	6,0
Handel	905	803	1 171	163	574	582	697	160	721	6,6	7,0	6,7
Verkehr	962	873	1 132	179	824	708	908	133	943	7,9	8,2	7,9
Handel und Verkehr	934	843	1 152	168	604	607	723	160	799	7,2	7,2	7,0
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 266	977	1 356	227	983	638	1 099	222	1 194	8,0	8,2	8,1
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	1 077	879	1 204	222	764	604	843	212	932	7,1	8,6	7,7
Gaststättenwesen	917	862	1 253	200	577	559	699	200	674	6,3	5,7	6,0
Häusliche Dienste	667	—	667	—	512	478	659	182	512	.	6,0	5,9
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	781	747	1 214	190	493	527	753	170	554	5,6	5,7	5,7
Sonstige Dienstleistungen	1 112	851	1 233	196	645	570	689	181	837	5,5	5,6	5,5
Dienstleistungen, gesamt	1 200	919	1 321	216	704	541	875	190	973	7,5	7,2	7,6
Insgesamt	1 005	909	1 339	185	644	563	824	169	885	6,7	6,9	6,6

1) Einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West) und Saarland. — 3) Einschl. Industrie der Steine und Erden. — 4) Einschl. Soldaten. — 5) Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure.